

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 129. Ratssitzung vom 14. Dezember 2016

2514. 2016/307

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2016/307 und 2016/305. Für GR Nr. 2016/305 siehe Protokoll der 130. Sitzung vom 14. Dezember 2016, Beschluss-Nr. 2529/2016.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Walter Angst (AL): *Ich verlese Ihnen den Bericht der RPK in gekürzter Form. Der Stadtrat hat gemeinsam mit dem Novemberbrief das Budget in der laufenden Rechnung mit einem Minus von 68,6 Millionen Franken vorgelegt. Wenn man das mit dem budgetierten Defizit von 2016 verrechnen würde, würde das Eigenkapital per 31.12.2017 von 667,8 Millionen Franken auf 600 Millionen Franken reduziert. Der Finanzvorstand hat der RPK im November mitgeteilt, dass das Ergebnis 2016 erheblich erfreulicher ausfällt. Man rechnet im Moment mit einem Plus von 150 Millionen Franken. Dies würde bedeuten, dass mit dem Budgetantrag des Stadtrats das Eigenkapital per 31.12.2017 auf 750 Millionen Franken steigen würde. Der Personalaufwand, den der Stadtrat im Budget vorlegt, steigt um 24,4 Millionen Franken. Die vom Stadtrat bewilligten Personalstellenwerte nehmen gegenüber dem Budget 2016 um 149 Stellenwerte zu. Im letzten Jahr waren es noch 340 Stellenwerte. Die Verminderung der Zunahme hat im Wesentlichen mit der Bereinigung der Stellenwerte im Schulamt um 176 Stellen zu tun. Der Sachaufwand sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Millionen Franken, allerdings steigt er im Verwaltungsbereich um 28,7 Millionen Franken. Eine starke Zunahme gibt es bei den budgetierten Investitionen im Hochbau- und Verwaltungsbereich. Diese steigen im Vergleich zum Budget 2016 von 155,1 auf 384,9 Millionen Franken. Der Ratspräsident hat bereits gesagt, dass es dieses Jahr eine Neuerung gibt. Der Gemeinderat diskutiert erstmals auch über den Aufgaben- und Finanzplan 2017 bis 2020. Deshalb möchte ich einiges zu diesem Dokument ausführen. Der Aufgaben- und Finanzplan gibt neben dem Budget 2017 auch die von den Departementen und Dienstabteilungen erhobenen Daten für die drei Folgejahre wieder. Diese weisen im vorliegenden Plan Defizite von 133,3 Millionen Franken im Jahr 2018 auf, im Jahr 2020 wird sich das Defizit auf 176,5 Millionen Franken belaufen. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass die Datensammlung erfahrungsgemäss im Rahmen der Budgetierung des Folgejahrs erheblich*

reduziert wird durch Vorgaben von Plafonds im Budgetprozess. Der Stadtrat geht davon aus, dass unter Berücksichtigung der Bereinigungen zwischen Einnahmen und Ausgaben in den Planjahren eine Lücke von 50 bis 100 Millionen bestehen bleibt. In dieser Rechnung sind weder zusätzliche Ausgaben durch die Leistungsüberprüfung 2016 vom Kanton, die in Höhe von etwa 70 Millionen Franken anfallen werden, noch Einnahmefälle, die aufgrund der Unternehmenssteuerreform entstehen, berücksichtigt. Mit Blick auf die nächste Periode 2018 bis 2021 erarbeitet der Stadtrat aufgrund der erwarteten Ausgabenüberschüsse und der Unwägbarkeit durch äussere Einflüsse weitere Massnahmen. Der Stadtrat weist im AFP darauf hin, dass stärkere Einschnitte im Leistungsniveau mit den Massnahmen verbunden sind, weil erhebliches Einsparpotential bereits ausgeschöpft wurde. Das Ziel des Stadtrats ist Folgendes: Einerseits sollen die Rechnungsergebnisse der Stadt ohne Sondereffekte mittelfristig ausgeglichen gestaltet werden. Man will ein Eigenkapital erhalten, das angemessen ist, um die politische Handlungsfähigkeit zu erhalten. Schliesslich will man die Investitionen zu einem hohen Anteil aus eigenen Mitteln finanzieren, damit die Neuverschuldung gering gehalten werden kann. Dies bedeutet, dass positive Rechnungsabschlüsse angestrebt werden. Die Mehrheit der RPK hält die Zielsetzungen für angemessen. Die RPK weist darauf hin, dass ein wesentlicher Faktor für die Erreichbarkeit der Zielsetzungen auch Bestellungen sind, die der Gemeinderat im Verlauf des Jahres dem Stadtrat in Auftrag gibt. Aus Sicht der RPK ist es notwendig, dass in der Planperiode 2018 bis 2020 bereits auf der Budgetebene ausgeglichene Ergebnisse präsentiert würden, damit Unvorhergesehenes antizipiert werden kann. Die RPK empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, in der Planperiode ausgeglichene Budgets anzustreben. Eine Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass – abgesehen von der Hoffnung auf höhere Steuererträge – keine spezifischen Massnahmen zur Sanierung des Budgets erkennbar sind. Im Rahmen der Beratung in der RPK sind diverse Fragen aufgetaucht, die wir im Bericht in diversen Bemerkungen wiedergegeben haben. Ich beschränke mich auf zwei Hinweise. Die RPK hat sich unter anderem mit der Spitalfinanzierung auseinandergesetzt und festgestellt, dass Entscheide im Gesundheitswesen vor allem auf Kantons- und Bundesebene fallen und es deshalb für eine Kommune schwierig ist, bei den Spitälern ausgeglichene Rechnungsergebnisse zu präsentieren, da die Entscheide praktisch nur noch umgesetzt werden können. Der Betrieb der beiden Stadtspitäler belastet die Rechnung der Stadt mit 30 Millionen Franken. Die RPK hat die Zusicherung der Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements, dass im ersten Quartal 2017 erste Vorschläge des Stadtrats zu zwei Aspekten vorgelegt werden. Dies betrifft einerseits die besondere Situation des Stadtspitals Triemli, das durch die hohen Anlagennutzungskosten mit starken Ausgabenüberschüssen zu kämpfen hat. Andererseits betrifft dies die grundsätzliche Spitalstrategie der Stadt. Weiter hat sich die RPK mit dem Hochbau auseinandergesetzt. Die RPK wurde vom Hochbaudepartement darüber informiert, dass der Investitionsplafond 2017 für Substanzerhaltungsprojekte im Verwaltungsbereich von 120 auf 150 Millionen Franken erhöht werden soll. 2018 soll er auf 165 Millionen Franken erhöht werden. Die RPK stellt fest, dass mit solchen Substanzerhaltungsprojekten, die Frage, wie die Stadt zum Beispiel den wachsenden Platzbedarf im Schulbereich decken will, nicht geklärt werden kann. Wir bitten den Stadtrat darum, nochmals zu prüfen, wie die Stadt mit den knappen Mitteln im Bereich Substanzerhalt im Verhältnis zu neuen Projekten umgehen will. Die Behandlung des Budgets hat die

RPK zum ersten Mal mit dem RPK-Tool durchgeführt. Die Erfahrungen sind positiv. Es sind mehr Fragen aufgekommen, aber die Beratung war zumindest innerhalb der RPK effizient. Wir verzichten auf den Vorschlag, uns einen Fragengenerator zuzulegen. Wir werden jedoch schauen, was wir alles umsetzen müssen, um die gute Erfahrung dieses Jahres zu verbessern. Die Rückmeldungen der Verwaltung sind grundsätzlich auch positiv. Die Mehrheit der RPK beantragt ein Eintreten auf das Budget, eine Minderheit weist das Budget zurück. Die Mehrheit der RPK stimmt dem Budget mit dem Globalbudget mit den entsprechenden Änderungen zu. Eine Minderheit lehnt das Budget ab. Keine Differenzen haben wir betreffend der Festsetzung des Steuerfusses. Es gibt einen einstimmigen Antrag, dass dieser 119 % betragen soll.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2515–2521)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Auch der Stadtrat hat sich gefragt, wie die diesjährige Budgetdebatte verlaufen wird. Wir haben zwei neue Mittel, nämlich das RPK-Tool, das in der Vorstellung nicht ausführlich erwähnt worden ist. Das zweite Mittel ist die Debatte über den AFP. Diese Debatte ist eine sachliche Diskussion über die Stadt und ihren Finanzplan. Wir leisten gerne unseren Beitrag zur Debatte. Der AFP ist nur ein Teil einer Vierjahressicht. Dies drücken wir auch in den Zielen aus, die Walter Angst (AL) erwähnt hat. Wir befinden uns in einer Phase, in welcher der Finanzplan negativ aussieht. Mittelfristig streben wir einen Rechnungsausgleich an, wir wollen das Eigenkapital erhalten und unsere Investitionen im Rahmen des Möglichen selbst finanzieren. Mit anderen Worten: Wir handeln nicht kurzfristig und wir agieren nicht mit kurzfristigen, hektischen Massnahmen. Die Stadt ist ein grosser Tanker, der mit ruhiger Hand geführt werden muss. Ich war gespannt über Ihre Aussagen zum Ausgaben- und Finanzplan. Es war zu erwarten, dass nicht alle Fraktionen davon begeistert sind. Etwas überrascht bin ich, wenn ich die desaströse Sicht betrachte, die negiert, wie weit wir uns in den letzten vier Jahren entwickelt haben. Es wird behauptet, es sei nichts erreicht worden. 2012 hat der Stadtrat gesagt – damals dachten wir, das Eigenkapital sei innerhalb von eineinhalb Jahren aufgebraucht – dass wir entsprechend handeln müssen. Wir haben in den letzten vier Jahren drei Mal eine ausgeglichene, positive Rechnung vorgelegt. Es ist uns gelungen, das Eigenkapital zu halten, es zeichnet sich ab, dass es auf rund 800 Millionen Franken steigen wird. Es ist unverständlich, wie Sie sagen können, dass der Stadtrat nicht gehandelt hat. Wir haben unser Ziel erreicht. Auch 2017 wird das Eigenkapital bestehen bleiben. Das Budget ist formell nicht ausgeglichen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Rechnung immer besser geworden ist. Klar ist, wir halten an den Zielen fest. Wir vertreten die Ansicht, dass die Rechnung ausgeglichen sein wird. Wir werden versuchen, das Eigenkapital zu halten. Von den zum Ausdruck gebrachten Wünschen nehme ich auf jeden Fall einige mit. Die RPK hat im Hinblick auf den AFP Darstellungs- und Gliederungswünsche. Das werden wir uns sicher anschauen. Wir sind offen, das Instrument soll dazu dienen, die Arbeit und die finanzpolitische Planung zu erläutern. Rätselhaft ist für mich, wie Reserven im AFP gefordert werden können. Ich weiss nicht, unter welchem Konto ich Reserven ausweisen soll. Ich denke, die Stadt ist mit einer langfristigen Sicht, gut gefahren. Die Stadt ist gewachsen und die Verwaltung*

bringt Mehrleistungen. Seit 2000 ist die Anzahl Wohnungen um 27 000 gestiegen. Seit 2012 gibt es im Steueramt 10 000 zusätzliche Steuerdossiers. Seit 2000 ist die Anzahl Schulkinder um ein Drittel gestiegen. Die Anzahl Krippenplätze wurde verdreifacht. Ich könnte aus jeder Dienstabteilung und aus jedem Departement solche Leistungen erwähnen. Da die Wirtschaft erfolgreich ist, gibt es mehr Arbeitskräfte. Zürich ist ein guter Standort. Es sind Familien entstanden, die hier leben. Für diese schaffen wir Lebensräume. Dies bedingt Investitionen und Kosten. Der Kanton erwartet bis 2035 ein weiteres Wachstum um 80 000 Personen. Entsprechend gilt es zu investieren. Das ist eine Chance für die Stadt. Eine wachsende Stadt ist eine lebendige Stadt. Die Stadt ist attraktiv für die Bevölkerung. Sie ist aber auch attraktiv für Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie ist ein Ort, an dem man unternehmerisch erfolgreich sein kann. Diese Breite hat der Stadtrat im Fokus. Wir haben Herausforderungen vor uns. Infrastruktur verursacht auch Kosten. Wir müssen dies finanzieren. In diesem Sinn hat der Stadtrat das Budget mit einem Defizit von 68,7 Millionen Franken vorgelegt. Das Defizit beträgt somit 0,78 % des Gesamtbudgets. Wenn die CVP sagt, wir hätten das Budget seit dem Novemberbrief dramatisch verschlechtert, antworte ich darauf, dass die Verschlechterung 0,3 % des Gesamtbudgets bedeutet. Wir gehen davon aus, dass sich das Budget in eine positive Rechnung verwandeln wird. Das Budget umfasst auch Investitionen von rund einer Milliarde Franken. Wir sind überzeugt, dass die Investitionen nötig sind. Wir sind auch überzeugt, dass der Steuerfuss richtig ist. Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass dieser Antrag unbestritten ist. Die Leistungsüberprüfung des Kantons sowie die Unternehmenssteuerreform wurden erwähnt. Dabei handelt es sich um Herausforderungen für uns. Ich werde weiter darauf hinweisen, wenn versucht wird, die Stadt finanzpolitisch zu schwächen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum Budget und AFP sowie zum Änderungsantrag AFP:

Walter Angst (AL): Ich möchte zwei Fakten voranstellen. Wir und die Presse erhielten bei der Vorstellung des Budgets zum AFP eine Präsentation. Es gibt zwei Darstellungen, die sichtbar machen, wie der AFP verändert wurde. Das Eigenkapital liegt bei 750 Millionen Franken. Ich möchte das Thema Zielsetzungen erwähnen. Die Zielsetzungen des Stadtrats sind klar. Die RPK empfiehlt dem Stadtrat ausgeglichene Budgets, damit das dritte Ziel erreicht werden kann. Die Investitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Dies funktioniert nur, wenn es einen Überschuss gibt. Der Stadtrat plant Massnahmen für die Situationen, die auf uns zukommen. Man kann die Ziele kritisieren. Es ist jedoch unzutreffend, wenn gesagt wird, der Stadtrat würde nichts tun. Die Mehrheit der RPK empfiehlt die Annahme des AFP. Sie nimmt zur Kenntnis, dass der Budget- und AFP-Prozess in dieser Weise weitergeführt wird. Die AFP-Planzahlen sind eine Kumulation der Eingaben der Departemente. Diese sind von den langfristigen Strategien des Stadtrats bestimmt, es werden jedoch noch keine finanzpolitischen Schwerpunkte gesetzt. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Kurven mit den Defiziten immer wieder heruntergehen. Andernfalls müssten wir einen anderen Planungsprozess definieren. Im Prinzip müssten wir Departemente zwingen, im Vorfeld zu sagen, was im AFP stehen soll. Dies würde auch uns betreffen, indem wir sagen müssten, welche Bestellungen wir in Auftrag geben wollen. Deshalb ist die Mehrheit der RPK der Ansicht,

dass es sinnvoll ist, den AFP zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wir wünschen uns, dass kein Defizit erreicht wird. Der Stadtrat hat gesagt, dass ein strukturelles Defizit von ungefähr 50 bis 100 Millionen Franken vorliegt. Die Vorgaben halten wir als RPK mit unseren Ergänzungen für sinnvoll. Die Mehrheit der RPK empfiehlt Zustimmung zum Globalbudget. Der Stadtrat hat ein ehrliches Budget ohne Sondereffekte, Korrekturen oder Pauschalkürzungen vorgelegt. Mit den Änderungsanträgen, die eine Mehrheit finden, wird kein positives Budget herauskommen, das sich die SVP wünscht, um den Steuerfuss so früh wie möglich senken zu können. Das Budget wird um 30 bis 40 Millionen Franken verbessert. 2017 können die Investitionen zunehmend aus einem Gewinn heraus finanziert werden.

Michael Baumer (FDP): Wenn ich den Voten und Fraktionserklärungen zugehört habe, bin ich mir nicht sicher, ob Sie der Meinung sind, das Glas sei halbvoll oder halbleer. Ich habe den Eindruck, dass sich die Linke mit einem negativen Budget bequem eingerichtet hat, weil davon ausgegangen wird, dass die Rechnung positiv ausfallen wird. Für die Minderheit ist klar, dass das nicht ausreicht. Die Stadt befindet sich im internationalen Wettbewerb, wir wissen nicht, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird. Der zunehmende Protektionismus ist für Handelsmetropolen nicht nur förderlich. Es geht auch um mittelfristige Entwicklungen. Umso besser, dass wir heute erstmals über den AFP sprechen können. Wenn wir ihn uns anschauen, muss man sagen, dass es sich um kein Budget handelt. 2018 ist ein Defizit von 133 Millionen Franken vorgesehen. Es klingt so, als ob es sich einfach um eine Auflistung von Projekten handle, die noch priorisiert würden. Dann ist die Bezeichnung als Finanzplanung falsch. Es handelt sich sicher um einen Ausblick darauf, wie sich die Situation entwickeln soll. Stadtrat Daniel Leupi hat offenbar nicht verstanden, auf welchem Konto die Reserven verbucht werden sollen. Mit den Reserven war der Handlungsspielraum gemeint, den wir hätten, wenn der AFP im Jahr 2018 kein Defizit aufwiese. Dann könnten wir uns im laufenden Jahr Gedanken machen, wo wir andere Schwerpunkte setzen könnten und wie wir weitere Aufgaben und externe Faktoren ohne Probleme absorbieren könnten. Es kommt darauf an, wovon man ausgeht, wenn man eine Finanzplanung realisieren möchte. Wenn man von einem Minus von 133 Millionen Franken anstatt von einer Null ausgeht, ist man natürlich stärker gebunden und kann nicht flexibel reagieren. Wenn man sich das vor Augen hält, ist es logisch, warum die Stadt so lautstark gegen die Unternehmenssteuerreform Stellung bezogen hat. Man möchte davon ablenken, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Das Budget 2017 sollte ausgeglichen sein. Dies wurde zunächst so umgedeutet, dass nur die Rechnung gemeint gewesen sei. Dann wurde gesagt, es sei das Eigenkapital gemeint gewesen. Das Budget weist ein Defizit von 68 Millionen Franken auf. Wir nehmen den Stadtrat ernst und müssen das Budget ablehnen, weil die Vorgaben des Stadtrats nicht erreicht wurden. Wir haben verlangt, dass uns offengelegt wird, welche Massnahmen eingeleitet worden waren. Es wurden uns 58 Millionen Franken an Verbesserungen aufgelistet. Hätte man die Aufgabe erfüllt und die Finanzplanung zumindest für das erste Jahr nahe bei Null angesetzt, wäre der Stadtrat nicht in der Defensive und wir könnten notwendige Investitionen tätigen. Ich kenne die Lösung der Linken. Es braucht mehr Steuergelder. Deshalb wird es als dramatisch erachtet, dass Bund oder Kanton an den Steuereinnahmen herumschrauben könnten. Dieser Wunsch ist schon lange in Erfüllung gegangen. Im Vergleich zu 2009 sind die Steuereinnahmen um 580 Millionen Franken

gestiegen. Im Vergleich zu 2008, also im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Finanzkrise, sind die Steuereinnahmen um 460 Millionen Franken gestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung um 20 %. In derselben Zeit ist die Bevölkerung um 7 % gewachsen. Wenn man jetzt sagt, Bund und Kanton würden Ausfälle in Höhe von etwa 1,5 % unserer Ausgaben verursachen, dann hätte man vorher priorisieren sollen. Das Gewerbe wurde angesprochen. Das Steuerniveau wird für das Gewerbe zunehmend zum Problem. Die Steuerreform, die kritisiert wird, kommt gerade noch rechtzeitig, damit die innovativen Firmen in der Stadt eine Zukunft haben. Wir sind der Ansicht, dass die Finanzplanung ungenügend ist.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Rückweisungsantrag Budget:

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK beantragt die Ablehnung des Rückweisungsantrags. Ich möchte auf etwas zurückkommen, was Martin Götzl (SVP) in der Fraktionserklärung gesagt hat. Ein wesentlicher Trieb unserer Defizitwirtschaft sei, so Martin Götzl (SVP), das Bevölkerungswachstum. Es ist nicht so, dass Stadtpräsidentin Corine Mauch an der Türe steht und die Leute zu uns einlädt, dies tut Markus Kägi. Eine intelligente Finanzpolitik zielt darauf ab, mit effizient erbrachten und attraktiven Leistungen, einem motivierten Personal und einer vernünftigen Haushaltspolitik, die Einkommen, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Die vor kurzem von der Stadtentwicklung veröffentlichte Studie, welche die Probleme des Gewerbes und der Wirtschaft anspricht, ist diesbezüglich interessant. Sie bestätigt diese Sicht. Es sind drei Punkte, in denen Zürich dieser Studie zufolge als verbesserungswürdig gilt. Dies betrifft die Steuern. Jede Firma sagt, es wäre besser, wenn sie weniger Steuern zahlen müsste. Es werden jedoch zwei weitere Aspekte genannt, nämlich bezahlbare Wohnungen und gute Kinderkrippen. Das entspricht ungefähr dem, was wir tun und was in diesem Budget abgebildet wird. Eine Budgetrückweisung wirkt wie ein Torpedo, das man auf die Verwaltung abschießt. Die Rückweisung kann in Ausnahmefällen als Ultima Ratio vielleicht sinnvoll sein, wenn alles aus dem Ruder läuft. Wenn in der heutigen Situation ein Rückweisungsantrag gestellt wird, dann ist das eine Art politisches Fahنشwingen.

Stefan Urech (SVP): «Schulden sind schnell gemacht, die negativen Folgen der Verschuldung sind aber oft nachhaltig.» Dieses Zitat stammt von der Website der Schuldenprävention der Stadt. Ende September hat der Stadtrat das Budget präsentiert, welches in einem Rekordsteuerjahr ein Minus von 70 Millionen Franken vorsieht. Einen Monat später hat derselbe Stadtrat eine Medienmitteilung veröffentlicht, derzufolge die Schuldenprävention ihr Angebot ausbaue. Erstmals sind sämtliche Zürcher Oberstufenschüler in den Genuss eines Schuldenpräventionsworkshops gekommen. Neu sollen auch vermehrt Erwachsene staatlich dazu belehrt werden, wie sie Kindern einen angemessenen Umgang mit Geld beibringen. Man ist durch mehrere Studien zur Kenntnis gelangt, dass Eltern eine Vorbildfunktion für ihre Kinder haben. Grotesk ist, dass ein Vertreter einer Fachstelle in die Schulklassen geht und den Schülern vermittelt, sie sollten keine Schulden machen. Gleichzeitig hat die Stadt die Frechheit, uns ein Budget vorzulegen, das ein Minus von 70 Millionen Franken budgetiert und den Schuldenberg von 9 Milliarden Franken weiter wachsen lässt. Zum Schluss des Workshops werden vierzehn Tipps dazu verteilt, wie ausgeglichen budgetiert wird. Selber hält sich die Stadt

lediglich an einen einzigen dieser Tipps. Die Stadt macht nämlich auch ein Budget und überprüft regelmässig, ob es noch stimmt. Gemäss dem zweiten Tipp soll ein Lohn- und ein Sparkonto eingerichtet werden. Ersteres soll nicht überzogen werden. Auf das Zweite sollen mit einem Dauerauftrag Sparbeträge überwiesen werden. Das schreibt eine Stadt, die ein Minus von 70 Millionen Franken budgetiert und einen Schuldenberg von 9 Milliarden Franken hat. Drittens sollen die Quittungen und Belege von grösseren Käufen gesammelt und geordnet werden. Das schreibt ein Stadtrat, der beim ERZ eine Überschreibung von 14 Millionen Franken hat. Dazu sind zahlreiche Unterlagen nicht auffindbar. Viertens soll das Budget angepasst werden, wenn sich Einnahmen oder Ausgaben ändern. Der Stadtrat zeigt seit Jahren keine Anpassungsfähigkeit. Fünftens sollen Preise verglichen und Sonderangebote genutzt werden. Der Stadtrat kauft teure Luxussofas für die Zürcher Schulen. Sechstens sollen lange, kostenpflichtige Gespräche mit dem Mobiltelefon vermieden und es soll über das Internet kommuniziert werden. Der Stadtrat beantragt in jedem Departement Spesenerhöhungen, weil mehr telefoniert werden müsse. Siebtens soll man sich vor einem Kauf fragen, ob man den Gegenstand wirklich braucht oder seine Kollegen beeindrucken will. Der Stadtrat will 2017 das Cabaret Voltaire kaufen, um seine Genossen zu beeindrucken. Ich möchte nur noch den letzten Tipp dieser Broschüre erwähnen. Es soll zuerst gespart und dann gekauft werden, um realistisch zu bleiben und Träume erfüllen zu können, ohne in einer Traumwelt zu leben. Meine Damen und Herren, helfen Sie uns jetzt, den Stadtrat aus seiner Traumwelt wachzurütteln. Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir den Schuldenberg zurückzahlen? Gelten für den Stadtrat nicht dieselben Regeln, wie diejenigen, die er den Zürcher Jugendlichen in den Schulen predigt? Gelten andere Regeln, wenn es um das eigene Geld geht, als wenn mit dem Geld Anderer gespielt werden kann? Was würden Sie tun, wenn Ihr Sohn oder Ihre Tochter Ende Jahr sagen würde, sie brauche trotz Lohnerhöhung 7000 Franken, um die letzten drei Mieten zahlen zu können? Sie würden sie zur Schuldenprävention schicken. Beim Stadtrat gelten andere Regeln.

Eintreten ist unbestritten

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Heute wurde viel in den Fraktionserklärungen gejammert. Schuld an der Misere ist angeblich die kommende Unternehmenssteuerreform. Diese wollte die Schweiz nicht freiwillig einführen. Die Unternehmenssteuerreform ist aufgekommen, weil die Steuern auf der ganzen Welt harmonisiert werden sollen. Gleichzeitig wird gesagt, dass gute Voraussetzungen für Unternehmer geschaffen werden sollen. In der entsprechenden Studie sind die Steuern eines der wichtigeren Themen. Früher wurde gesagt, Steuern seien nicht wichtig. Ihr Problem ist, dass Sie nicht merken wollen, wo die ausgeglichenen Rechnungen herkommen sollen. Es wird gesagt, der AFP sei lediglich eine Bestandsaufnahme. Wenn man die früheren AFP mit der Rechnung vergleicht, sieht man, dass die AFP meist beim Aufwand ziemlich treffsicher prognostiziert hatten. Wenn ich den AFP 2013 bis 2016 nehme, wurde darin der Gesamtaufwand für 2016 auf 8,7 Milliarden Franken geschätzt. Der AFP 2017 bis 2020 enthält Vergleichszahlen. 2016 belief sich der Aufwand genau auf 8,7 Milliarden Franken. Die Prognosen im AFP sind also zutreffend. Bei den Einnahmen sind die Prognosen vielleicht unzutreffend, weil sie

nicht selbst geregelt werden können. Ein Beispiel für das Thema Einnahmen oder Minderausgaben sind die Passivzinsen. Sie wissen, wir leben in einer Welt der künstlichen Tiefstzinsen. Wenn die Zinsen so tief sind, nimmt die Gefahr zu, dass sich die Leute verschulden. 2013 wurde damit gerechnet, dass 2016 249 Millionen Passivzinsen gezahlt werden. Gemäss AFP 2017 bis 2020 wurden für das Jahr 2016 160,5 Millionen Franken eingesetzt. Es wurden also 90 Millionen Franken weniger Zinsen gezahlt. Trotzdem ist das Budget nicht ausgeglichen. Für 2017 wird mit Passivzinsen in Höhe von 138,5 Millionen Franken gerechnet. Das zeigt, dass Sie keinen Spielraum für Ausgleichs haben. Sie haben keinen Willen dazu. Der Aufwand wird ausgeweitet. 2020 sollen sich die Ausgaben auf 8,9 Milliarden Franken belaufen. Sie wissen, dass die Unternehmenssteuerreform kommt. Wieso werden die Aufwandsteigerungen weiterhin eingegeben? Es ist eine unglaubliche und unselige Politik.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Ich habe eine Rückmeldung zu Michael Baumer (FDP). Man bekommt den Eindruck, dass das Heft lediglich Finanzplan heisst. Es heisst aber Aufgaben- und Finanzplan. Es werden darin auch alle Projekte aufgeschrieben und aufgeführt, welche die einzelnen Departemente planen. Davon hört man nichts mehr. Es wird nur noch über Zahlen gesprochen. Mich würde interessieren, welche Aufgaben, Dienstleistungen und Aufträge gestrichen werden sollen. Der AFP zeigt auf, was alles geplant ist. Es handelt sich um einen Ausblick. Man sieht, was geplant ist. Man sieht, dass der Steuerfuss bei 119 % liegt. Ich bin sehr erstaunt über den Rückweisungsantrag und seine Begründung.

Raphaël Tschanz (FDP): Ich werde Ihnen ein Zitat vorlesen. Es richtet sich an Stadtrat Daniel Leupi. Wir haben gehört, wie dramatisch die Unternehmenssteuerreform wahrgenommen wird. Das Zitat stammt von einer Person, die sich auskennt. «Daniel Leupi hat es sehr gut gemacht. Er hat seinem Regierungsrat bereits entlocken können, wie viel Kompensation die Stadt Zürich erhalten wird. Seiner Meinung nach sind aber die Berechnungen des Bundes zu tief. Mal angenommen, sie sind korrekt: Dann wird Zürich etwa 200 Millionen weniger einnehmen, während die Hälfte bereits durch die Kompensation gedeckt ist. Basel bewegt sich etwa im gleichen Rahmen, allerdings hat Zürich ein gut doppelt so grosses Budget. Ebenfalls muss man beachten, dass die Schwankungen der Steuereinnahmen durch juristische Personen schnell einmal 50 bis 100 Millionen Franken ausmachen können. Deshalb muss man die Kritik in Relation sehen. Wenn man kritisiert, sollte man auch einen besseren Vorschlag machen. Bei keinem mir bekannten Vorschlag würden jedoch Kantone und Gemeinden mehr Geld erhalten, als bei der Unternehmenssteuerreform III.» Das Zitat stammt von der SP-Regierungsrätin Eva Herzog aus Basel-Stadt.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wenn man den Finanzplan anschaut, kann man sich nur noch wundern, dass das Budget so negativ ist. Im Finanzplan erkennt man einen Titanicplan. Es wird aufgezeigt, wohin der Kurs geht. Man sieht im AFP einen permanenten Ausgabenüberschuss, der steigt. Wir haben zunehmendes Fremdkapital. Die Zahlen befinden sich im Sturzflug, insbesondere das Eigenkapital. Wenn es so weitergeht, sind wir im Jahr 2021 im Bilanzfehlbetrag. Dann müssen wir nicht mehr darüber sprechen, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Spätestens 2021 ist das Glas zerbro-

chen. Das alles passiert auf der Annahme, dass die Zinsen so tief bleiben. Diese Annahme ist naiv. Gerade die Wahlen in den USA könnten dazu führen, dass das Zinsniveau steigen wird. Wir werden dann sehen, wo die Stadt mit dem Fremdkapital bleibt. Das ist noch nicht genug. Wenn die Zinsen steigen werden, befinden wir uns wieder dort, wo wir 2007 und 2008 waren, als die Finanzkrise wegen steigender Zinsen anfang. In der Administration haben wir ein Dreiergremium von Goldman Sachs. Denen ist die Finanzkrise egal. Wir müssen uns keine Hoffnungen machen, dass dieses Gremium Massnahmen einleitet, um die Krise zu vermeiden. Die Unternehmenssteuerreform ist ein typischer Nebenkriegsschauplatz. Der Finanzplan dient dazu, uns schonend darauf vorzubereiten, dass künftig eine Steuererhöhung drohen wird. Auch diese würde uns nicht mehr retten.

Martin Bürlimann (SVP): Gemäss AFP wird ab 2020 mit negativen jährlichen Ergebnissen in Höhe von 200 Millionen Franken gerechnet. Das Problem wird sehr klar benannt. Wir erkennen keine konkreten Massnahmen. Man könnte überflüssige Grundstücke verkaufen oder auch Aktienpakete um das Eigenkapital zu stärken, man könnte sich auf die Kernaufgaben konzentrieren. Die Kernaufgaben sollten benannt werden und es sollten Dinge ausgeschieden werden, die nicht zu den Kernaufgaben gehören. Davon steht im AFP nichts. Es ist löblich, dass das Problem benannt ist. Erschwert werde die Aufgabe dadurch, dass viele Massnahmen schon ausgeschöpft seien und neue Massnahmen stärkere Einschnitte ins Leistungsniveau bedeuten würden, so der AFP. Konkret bedeutet dies, dass der Stadtrat keine Massnahmen will, weil das die Leistung senken könnte. Jetzt wird es problematisch. Wenn Sie wissen, dass Sie ein strukturelles Defizit haben, ist das ein Problem. Ein strukturelles Defizit kann nicht ausgeglichen werden, es braucht Massnahmen. Eine Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass der Stadtrat nur auf erhöhte Steuereinnahmen wartet.

Christian Traber (CVP): Wir stimmen weder dem ausdrücklichen Lob in der Fraktionserklärung der SP von Florian Utz (SP) zu, noch sind wir bei den Schwarzmalern der SVP. Stadtrat Daniel Leupi hat bereits gesagt, dass der Tanker mit Weitsicht gesteuert werden muss. Die Weitsicht fehlt uns. Wir können darüber sprechen, wie es in drei Jahren aussehen soll. Andererseits sehen wir die nackten Auswirkungen für 2017. Wir hätten erwartet, dass der Stadtrat die günstige Situation ausnützt. Einerseits gibt es die Leistungsüberprüfung durch den Kanton, andererseits die Unternehmenssteuerreform. Es wird zunächst ein negativer Einfluss auf die städtischen Finanzen dokumentiert. Die Unternehmenssteuerreform wird nicht den Untergang der Stadt bedeuten. Andere Gemeinden betrachten diese als Chance. Eine Steuerreform kann eine Chance sein, um neue Gelder zu generieren. Zudem kann dadurch Sicherheit für Unternehmen geschaffen werden. Wir brauchen die Unternehmenssteuerreform. Etwas mehr Gelassenheit in dieser Hinsicht würde uns gut tun.

Shaibal Roy (GLP): Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen. Anstatt Gelassenheit gibt es bei uns Sorgenfalten in Bezug auf die Aspekte, die im AFP transparent und realistisch dargelegt wurden. Wir sind der festen Überzeugung, dass Schwarzmalerei unnötig ist. Wir können den Tanker noch wenden, wenn wir frühzeitig eingreifen.

Dieses Eingreifen erkennen wir zu wenig. Wir fordern, dass sich die Stadt proaktiv mit Massnahmen beschäftigt und diese auch umsetzt. Diese sind heute zu wenig erkennbar. Wir sehen, dass es positive Rechnungsabschlüsse gibt. Dies liegt zu stark an Sondereffekten und positiven Steuereinnahmen. Ich glaube, dass wir mit der Unternehmenssteuerreform ein Steuerungsinstrument haben werden, welche die positive Steuerentwicklung nicht nur für natürliche Personen, sondern auch für juristische Personen in eine positive Richtung bringen wird. Wir brauchen einen Massnahmenkatalog. Dann wird sich der AFP auch positiv entwickeln. Wir müssen jetzt handeln. Den AFP werden wir zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Florian Utz (SP): *Ich möchte auf das Votum von Stefan Urech (SVP) replizieren. Das Votum war nicht nur amüsant, es hätte auch seine Berechtigung, wenn der Stadtrat die Finanzen nicht im Griff hätte. Die Rechnung 2016 wird mit einem Überschuss von 150 Millionen Franken abschneiden. Wir werden Ende Jahr ein Eigenkapital von 800 Millionen Franken haben. Da gibt es weder Defizite noch Schulden. Gerade weil der Stadtrat die Finanzen im Griff hat, hat er fast alle Tipps beherzigt. Im ERZ wurden tatsächlich die Quittungen nicht aufbewahrt. Der einzige Tipp, der dem Stadtrat mitgegeben wird, ist, auf Einnahmen zu verzichten. Gerade weil Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht liegen müssen, ist es wichtig, dass der Stadtrat schaut, dass die Ausgaben nicht zu stark steigen und die Einnahmen nicht zu stark sinken.*

Stefan Urech (SVP): *Ich muss kurz Stellung nehmen. Mein Votum wurde als amüsant und als nicht stichhaltig dargestellt. Ich habe von Florian Utz (SP) nicht gehört, ob für die künftigen Lehrlinge der Stadt andere Spielregeln gelten als für die politische Elite. Wir haben in der Antwort der SP gehört, dass die Stadt dem Prinzip Hoffnung folgt. Die Linke wirft sich in die Arme der Banken, der Börse und der Spekulanten. Es wird auf tiefere Zinsen und grosse Gewinne an der Börse gehofft. Ansonsten wird das Gegenteil gepredigt.*

Derek Richter (SVP): *Der AFP zeigt den Anfang vom Ende. Im AFP steht, dass ab 2020 mit negativen jährlichen Ergebnissen in Höhe von 200 Millionen Franken gerechnet wird. Demgegenüber steht die Geldflussrechnung. 2020 werden wir 272 Millionen Franken flüssige Mittel haben. Ein Ende ist absehbar. Ich möchte die Rede des Finanzvorstehers Daniel Leupi auf drei Worte zusammenfassen: Wir schaffen das. Im AFP werden die Unternehmenssteuerreform und die Leistungsüberprüfung erwähnt. Ein wesentlicher Faktor wird im AFP nicht erwähnt, nämlich das Zinsniveau. Es gibt bereits heute moderate Zeichen aus den USA, dass das Zinsniveau steigen kann. In der Privatwirtschaft würden solche Rekordeinnahmen und ein solches Minus ein Ende des Betriebs bedeuten. In der Privatwirtschaft wird das Geld verdient. Die Stadt wirft es mit beiden Händen zum Fenster heraus. Die Sozialausgaben laufen aus dem Ruder. In den Medien haben wir gehört, dass vier Fünftel der Zuwanderer keine Fachkräfte sind. Sie leisten also keinen Beitrag zum Bruttosozialprodukt. Das ist genau das, was die SVP seit Jahren sagt. Wir wurden immer belächelt und als rassistisch betitelt. Dieser Bumerang wird uns treffen. In diesem Zusammenhang möchte ich die drei Millionen Franken Entwicklungshilfe erwähnen. Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Die drei Millionen Franken werden dreissig Millionen Sargnägel für unsere Kultur. Die Spitze bilden*

die Kulturausgaben. Es ist ungeheuerlich, was uns als Kultur verkauft wird. Es ist unglaublich, dass wir das alles auch zahlen müssen.

Severin Pflüger (FDP): Ich finde es beängstigend, dass die Artillerie der rechten Seite mit panzerbrechenden Munition schießt und die andere Seite dem nichts entgegenhält. Es geht darum, ob die Unternehmenssteuerreform die Stadt 300 Millionen Franken kosten wird. Ich möchte der Genealogie dieser Zahl auf den Grund gehen. Ihren Anfang nahm sie im Jahr 2012, als uns die freisinnige Regierungsrätin Ursula Gut mitteilte, dass uns die Unternehmenssteuerreform etwa 850 Millionen Franken kosten wird. Die Kosten für die Stadt würde sich gemäss Ursula Gut auf 350 Millionen Franken belaufen. Stadtrat Martin Vollenwyder rechnete nach und kam zur Einsicht, dass sich die Kosten für die Stadt auf 350 Millionen Franken belaufen werden. Gleichzeitig gibt es diverse Verschiebungen und den Finanzausgleich. Er ging von einer tatsächlichen Belastung von 90 Millionen Franken aus. 2013 hat der Städteverband nachgerechnet und kam zu 300 Millionen Franken. Alle rechneten damit, dass der Steuerfuss bei den Gewinnsteuern auf 15 % sinken wird. Der Regierungsrat schlägt aktuell 18,2 % vor. Jetzt kommt der Stadtrat und rechnet mit Steuerausfällen zwischen 180 und 200 Millionen Franken. Daraufhin greift er in die Trickkiste und sagt, die Werkzeugkiste koste 100 Millionen Franken. Ich habe diverse Steuerberater gefragt, ob diese Berechnung realistisch ist. Alle sind der Ansicht, dass dies unrealistisch ist. Das führt dazu, dass ich die dynamische Studie des BAK Basel glaubwürdig finde. Wenn wir ernsthaft debattieren, müssen wir von 122 Millionen Franken ausgehen. Es ist Aufgabe unserer Medien, die Zahlen einander gegenüberzustellen und nicht beide als Meinungen gelten zu lassen. Fakten sollten überprüft werden. Selbstverständlich handelt es sich um Prognosen. Prognosen sind ungewiss. Die Geschichte des unterdrückten Bürgers funktioniert nur bei 300 Millionen Franken. Der AFP zeigt uns ein Steuerwachstum von 320 Millionen Franken. Es wird gesagt, diese würden gebraucht, wenn man eine wachsende Stadt sei. Bei den Departementen wachsen die Saldos nicht so stark. Das ist verkraftbar.

Dr. Pawel Silberring (SP): Ich möchte auf die Zahlen zur Unternehmenssteuerreform zu sprechen kommen. Die Stadt sagt, dass durch die Reduktion des Anteils der Gemeinde, 200 Millionen Franken verloren gehen. Über den Finanzausgleich kommen 78 Millionen Franken in die Stadt zurück. Dieses Geld stammt vom Kanton. Dies ergibt 122 Millionen Franken, mit denen der Kanton hauiert. Darin sind alle drei zusätzlichen Massnahmen, also die Lizenzbox, der virtuelle Zinsabzug sowie die Überkompensation der Entwicklungskosten, nicht enthalten. Wir sind zum Beispiel ein reines Ingenieurbüro. Alles, was wir tun, ist Entwicklung. Mit der Unternehmenssteuerreform hätten wir die untere Grenze der 20 % mit einer der Massnahmen erreicht. Die Massnahmen sind deswegen erstritten worden, um angewandt zu werden. Es ist falsch, dort eine Null einzusetzen.

Roger Liebi (SVP): Pawel Silberring (SP) hat nicht ausgerechnet, was er verlieren würde, wenn die Unternehmenssteuerreform nicht käme. Wenn die Unternehmenssteuerreform nicht käme, wird davon ausgegangen, dass die Steuereinnahmen gleich bleiben. Diese Rechnung könnte fatal sein. Das wird sich zeigen. Ich möchte mich auf die Tatsachen berufen. Im AFP werden für das Jahr 2020 11 Milliarden Schulden angenommen.

Nehmen Sie eine Zinssatzerhöhung von einem Prozent. Warum gehen Sie nicht davon aus? Warum sagen Sie nicht, dass es schlimm wäre, dass wir plötzlich pro Jahr 100 Millionen zusätzliche Zinsen zahlen müssten? Warum sind die 200 Millionen Franken aus der Unternehmenssteuerreform ein Thema, nicht jedoch die 100 Millionen Franken aus einer möglichen Zinssteigerung? Ich finde es unglaublich, warum nicht über Schulden gesprochen wird. Im AFP schreibt der Stadtrat Daniel Leupi, dass sich aus dem Bevölkerungswachstum Kosten ergeben, die nur teilweise aus Steuereinnahmen gedeckt werden könnten. Was bedeutet das? Entweder müssen die Steuern erhöht werden oder die Schulden werden steigen. Unser Problem sind die Schulden, die nicht zurückgezahlt werden. Eines Tages werden wir mit den Zinssätzen ein Problem haben.

Severin Pflüger (FDP): *Trotz wachsender Stadt schrumpfen beim Sozialdepartement die Ausgaben um 15 Millionen Franken. Das bringt mich zum Schluss, dass die wachsende Stadt nur ein Feigenblatt dafür ist, dass man nicht überall konsequent bei der Umsetzung einer Budgetstriktheit ist. Das Nötige wird vom Unnötigen nicht sauber getrennt. Wenn wir eine wachsende Stadt haben und das propagieren, können wir das unseren Bürgern nur so verkaufen, dass dadurch die Mietzinsen sinken und die Steuern nicht steigen, sondern mehr Leistungen bezogen werden können. Andernfalls ergibt eine wachsende Stadt keinen Sinn. In einem Jahr sind Stadtratswahlen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die Stadtratswahlen gewinnen, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern erzählen, dass die wachsende Stadt auch steigende Kosten verursacht wird und dass dies erwünscht ist. Warum wird noch immer von 300 Millionen Franken gesprochen? Wo ist die Differenz von 178 Millionen Franken? Bei 122 Millionen Franken funktioniert die Argumentation nicht. Ich habe vorhin vorgelesen, dass es sich um einen Millionenbetrag handelt, der herausgeschwitzt werden kann. Das Geld für die Schulen und Blaulichtorganisationen haben wir noch immer. Die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform würde der Schweiz schaden. Wir haben den Fehler gemacht, weil wir dachten, dass uns die internationale Steuerentwicklung nicht interessiert. Wir haben den Karren an die Wand gefahren. Wenn wir die Unternehmenssteuerreform nicht annehmen, fahren wir gegen die nächste Wand.*

Dorothea Frei (SP): *Ich habe mir die Voten zur katastrophalen Finanzlage angehört. Bleiben wir bei den Fakten. Wir haben ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von über 113 Millionen Franken, 528 Millionen Franken Eigenkapital, einer Nettoverschuldung von über 2 Milliarden Franken, einer Bruttoverschuldung von über 5 Milliarden Franken, die zu 7 – 8 % verzinst wurden. Gleichzeitig gibt es einen Antrag auf Steuerreduktion auf 118 %. Das sind die Kennzahlen des Budgetantrags von Dezember 1989 des bürgerlichen Stadtrats. Das war das Schlussresultat nach 40 Jahren bürgerlicher Regierung, die fast ausschliesslich während der Hochkonjunktur stattfand. 1989 haben knapp 356 000 Menschen in dieser Stadt gelebt. Wir könnten sagen, dass die Menschen die Stadt beinahe fluchtartig verlassen haben. Vor diesem Hintergrund ist das Votum der FDP seltsam. Seither wurden Erbschafts- und Stempelsteuern abgeschafft. Wir haben die Bankenkrise bewältigt. Die Pflegefinanzierung wurde geändert, wir haben Kindertagesstätten aufgebaut. Wir haben Schulhäuser und Spitäler gebaut. Bei den juristischen Personen gibt es neue Steuerzahler im Bereich IT, Industrie und Medien. Es kam zu einer Diversifizierung, wir sind nicht mehr von Banken und Versicherungen ab-*

hängig. Hotels haben ebenfalls erfreuliche Entwicklungen durchgemacht. Gegenüber 2005 sind die Übernachtungen um 33 % gestiegen. Im November 2016 haben 417 000 Menschen hier gelebt. Die Stadt ist attraktiv für Einwohnerinnen und Einwohner, für Unternehmen und für TouristInnen. Die Finanzen sind gesund. Wir haben einen Steuerfuss von 119 % seit 2007. Das ist ausserordentlich stabil. Die Infrastruktur ist gesund und wir haben keinen Renovationsstau. Der Stadtrat war erfolgreich. Beim bürgerlichen Kanton sieht es anders aus. Dort werden Sparpakete verhandelt. Die Kosten werden als Sparmassnahme auf die Gemeinden verschoben. Wenn es Bund und Kanton gut geht, geht es auch der Stadt gut.

Shaibal Roy (GLP): *Ich möchte auf den erwähnten Zinsanstieg eingehen. Diese Erwähnung erstaunt mich. Wir haben ein Portfolio mit langfristigen Schulden. Die Zinssensitivität mit einer durchschnittlichen Laufdauer von 9,2 Jahren ist äusserst gering. Auch wenn die Zinsen auf 5 % bis 2022 steigen sollten, sinkt die Zinslast für die Stadt in den nächsten Jahren. Die Angstmacherei ist nicht zielführend. Es wird von einer vollkommen falschen Annahme ausgegangen. Selbst wenn die Zinsen steigen, haben wir eine Zinslast, die reduziert wird.*

Mario Babini (parteilos): *Ich muss Shaibal Roy (GLP) Recht geben. Wenn wir ein vernünftiges Risikoszenario erstellen, dann wird die Schuldenlast sinken.*

Stefan Urech (SVP): *Der Sprecher der GLP hat treffend auf den Punkt gebracht, worum es ihm geht: Bis wir die Zinsen zahlen müssen, sind wir nicht mehr im Rat oder sogar schon tot. Es handelt sich um eine vollkommene Verantwortungslosigkeit gegenüber kommenden Generationen. Ich möchte noch kurz auf Dorothea Frei (SP) replizieren. Es wurde auf die bürgerliche Regierung zurückgeschaut. Heute sind die Schulden fast doppelt so hoch. Das liegt an der endlosen Personalentwicklung. Diese sehen wir auch in anderen hochverschuldeten Städten.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die GLP verdrängt Probleme. Natürlich haben wir ein Portfolio, natürlich haben wir Zinsen, die längerfristig günstig sind. Im Finanzplan ist eine Steigerung der Schulden von 9 auf 11 Milliarden geplant. Man muss neue Kredite aufnehmen. Diese werden möglicherweise nicht zu denselben günstigen Konditionen gewährt. Ich habe darauf hingewiesen, dass steigende Zinsen auch eine Finanzkrise verursachen können. Eine Finanzkrise hat Steuerausfälle im grossen Stil zur Folge. Daran muss man auch denken. Man muss strategisch, langfristig überlegen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat ist der Meinung, dass wir das schaffen. Wir haben gesagt, dass wir das Eigenkapital und die Rechnung ausgeglichen haben wollen. Das haben wir geschafft. Wir werden diese Linie auch weiter verfolgen. Der Stadtrat hat den Auftrag erteilt, vorsorgliche Massnahmen zu erarbeiten. Wir werden Sie bei Bedarf darüber informieren. Mit steigenden Zinsen gibt es eine höhere Inflation, das relativiert die Verschuldung. Ich bitte Sie, das in Ihre Kalkulation einzubeziehen. Severin Pflüger (FDP) hat von einer Trickkiste gesprochen. Wenn 2008 als Referenzgrösse für juristi-*

sche Personen verwendet wird, dann muss man sich bewusst sein, dass da die Finanzkrise war und die Steuereinnahmen geringer waren als 1999. Als Vergleich ist das Finanzkrisenjahr nicht zulässig. Die Ausfälle, die uns prognostiziert werden, werden auf das Jahr 2014 zurückberechnet. Wir rechnen mit dem Jahr 2019, also dem Jahr, an dem die Steuersenkung tatsächlich kommen wird. Selbstverständlich gibt es eine Differenz. Es ist ein Trick, eine künftige Senkung des Steuersatzes auf vergangene Steuereinnahmen anzurechnen. Es wurde vor der bundesrätlichen Vorlage von 300 Millionen Franken gesprochen. Wir haben kritisiert, dass die Zahl, die der Kanton im Regierungsrat beschlossen hat, unklar ist. Es ist im Text in sich unstimmig. In der Tabelle steht, das beziehe sich nur auf die Gewinnsteuer, im Text steht, das beziehe sich auf alle Massnahmen der Unternehmenssteuerreform. Regierungsrat Ernst Stocker hat mir dies bestätigt. Er hat mir auch bestätigt, dass wir Transparenz erhalten werden. Ich erwarte, dass der Kanton nicht einfach eine Zahl setzen kann und meint, das sei für die Stadt als Prognose akzeptabel. Wenn wir die Zahlen bekommen, kann ich differenzierter argumentieren. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass gemäss NZZ die Heimversorgertaxe den Kanton in eine finanzielle Bredouille bringe. Die Stadt soll aber 200 bis 300 Millionen locker hinnehmen. Ich habe eine Andeutung zum Eigenkapital von 800 Millionen Franken gemacht. Ich möchte Ihnen die aktuelle Erwartungsrechnung bekannt geben. Aktuell rechne ich mit mindestens 175 Millionen Franken Gewinn für die Rechnung 2016. Wir sind gut unterwegs, wir werden Ende 2017 ausreichendes Eigenkapital besitzen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

15 / 15

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Dezember 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat